Arbeitskraft ohne gestern + morgen
(Titel von L. van der Molen)

Sozialisieren heisst nicht Verstaatlichen. Wer das sagt, stösst auf ungläubiges Lächeln oder entrüstetes Kopfschütteln.

Es lächeln die Bürger. Sie bekämpfen das Sozialisieren gerade dadurch, dass sie den heiligen Bürokratius an die Wand malen. Aller Eifer erlahmt, alle Arbeit wird durch Schreibereien verlangsamt, wenn der Bürokrat wirtschaften soll. Da gibt es keinen raschen Entschluss, sondern fünf Stempel sind nötig, wenn ein Angestellter Urlaub haben soll.

Ein Risiko - ein Fehlgriff, das Wagnis viel zu gewinnen und viel zu verlieren - das kostet den Beamten Kopf und Kragen und so wird im Regiebetriebe eben weiter gewurstelt. Behörden können nicht wirtschaften, sagt die freie Wirtschaft. Und sie sagt es mit Recht. Der Staat ist kein Bauer. Der Staat sät nicht und ackert nicht, er spinnt nicht und bricht nicht das Erz. Der Staat muss von denen ernährt werden, die selber unternehmen und produzieren. Also sagt der Bürger, wie könnt ihr da sozialisieren? Wollt ihr die Wirtschaft töten?

Alle diese Argumente zerfallen in sich, wenn sozialisieren und verstaatlichen zweierlei wäre. Deshalb lächelt der Bürger ungläubig, wenn der Deutsche Sozialist ihm sagt: Sozialisieren heisst nicht verstaatlichen.

Entrüstetes Kopfschütteln begegnet uns bei den dogmatischen Sozialisten. Ist denn die Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Bergwerke, der Banken nicht der erste Schritt zum Sozialismus? Ist Russland kein sozialistischer Staat? Ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht die Ursache der Anarchie, der Krisen, der Arbeitslosigkeit?

Also nieder mit dem Eigentum des Bauern, des Fabrikanten, des Sparers. Dem Staat gehöre alles. Alle Einzelnen aber seien arm. Sind sie nun alle gleicharm, und leben sie nur alle aus der gemeinsamen Kasse, dann ist die Armut schön. Aber es gibt nicht nur Lächeln und Entrüstung, es gibt noch einen dritten Gefühlsausdruck: eisiges Schweigen. Dies eisige Schweigen trägt der eigentlich charakteristische und beste Deutsche der Vorkriegszeit zur Schau. Es handelt sich um die Männer, denen wir die Einigkeit des Volkes im Weltkrieg verdanken, um den Menschentyp, der Staat und Volk über Kapitalismus und Sozialismus gestellt hat, um den guten Deutschen, der in den Fabrikanten, Gewerkschaftlern, Beamten, Professoren, Pfarrern und Richtern gesteckt hat und leidenschaftlich den Ausgleich der Klassengegensätze gesucht hat, der heut sein Werk von 50 Jahren gefährdet sieht. Wer ist das? Weshalb sollen diese Millionen der besten Deutschen an einer falschen Definition des Sozialismus hängen? Was wird ihnen weggenommen, wenn sozialisieren und verstaatlichen auseinandertreten, als zwei verschiedene Dinge?

Gerade diese Fragen wollen wir beantworten. Es ist im Jahre 1933 in Deutschland nicht sehr nötig, sei es den Privatkapitalisten alten Schlages, sei es den staatskapitalistisch eingestellten Kommunisten zu widerlegen. Diese sind ungefährlich geworden. Um zur Tat zu kommen, gilt es gerade die dritte Front der guten staatsmännischen Deutschen aus ihrer Erstarrung zu lösen; denn diese Front hat seit 1879 zwischen Privatkapitalismus und Staatsbolschewismus unser Staatsschiff hindurchgesteuert, weil sie glaubte, es gäbe nur diese beiden Klippen rechts

und links der Fahrinne: die Skylla der freien kapitalistischen Wirtschaft und die Charybdis der sozialistischen Verstaatlichung. Denn um der Klippe zu entgehen, nahm diese eigentlich deutscheste Schicht Kurs auf das, was mit Stolz in der ganzen Welt Schule gemacht hat: auf die deutsche Sozialpolitik.

Unser Satz: Sozialisieren heisst nicht Verstaatlichen, ist also gefährlich. Denn er fällt aus dem Sehfeld der von Bismarck und Adolf Wagner geformten preussischen Beamtenschaft und deutschen öffentlichen Meinung. Die deutsche Sozialpolitik ging von zwei Grundsätzen aus. Erstens, die freie Wirtschaft verwirtschaftet den arbeitenden Menschen. Zweitens, der Staat soll nicht selber wirtschaften.

Sie entnahm diesen beiden Sätzen den dritten Satz, ihren Leitsatz; Der Staat ist dazu da, die von der freien Wirtschaft den Arbeitskräften geschlagenen Wunden zu heilen.

Sozialpolitik ist der Schutz der Schwachen unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems. Und nun ging diese Sozialpolitik jeder Schwächung der Arbeitskraft (AK) unter dem System liebevoll nach. Den Grund dieser Schwächung aber nahm sie als eine natürliche Tatsache hin. Und doch liegt der Grund nur in der Buchhaltung des freien Betriebes. Trotzdem nahm man ihn als gottgegeben hin. Ist er das? Wir sagen nein. Aber dies nein erscheint dem von Bismarck herkommenden Deutschen sinnlos. Daher wollen wir erst einmal in die Buchhaltung eines modernen Betriebes hinein sehen. Wir fragen: Wie steht dort der Mensch zu Buch?

Der Arbeiter empfängt Stundenlohn. 2400 mal muss er eine Stunde arbeiten und Lohn erhalten, damit er ein Jahres einkommen hat. Ob dies Einkommen ihm in einem oder in drei oder in vierundzwanzig verschiedenen

Lohnbüros ausgezahlt werden wird, bleibt fraglich. Denn der Unternehmer rechnet mit Stundenlöhnen. Er kann ja sonst nicht kalkulieren. Er kann den Arbeiter nur solange entlohnen, als er selber Aufträge hat oder auf Lager nehmen kann. Der Arbeiter steht also beim Unternehmer nicht als Herr Meyer zu Buch, der ununterbrochen und als geschlossene Persönlichkeit sein Mitarbeiter sein soll, sondern es rechnet sich dem Fabrikanten der Arbeiter kalkulatorisch als $Y = 2400$ oder $X = 48$ oder $YX = 96$, je nachdem, ob er aus seiner Produktion den Stundenlohn ein Jahr lang oder eine Woche oder eine Doppelwoche hindurch aufzubringen genötigt ist.

Diese Kalkulation ist es, die aus dem Arbeiter in der heutigen Wirtschaft die Arbeitskraft macht.

Die Ak ist eine summierbare Menge von Arbeitsstunden gewisser Leistungsvorgänge. Die AK ist addierbar und subtrahierbar, sie ist multiplizierbar und dividierbar und wehe dem Unternehmer, der nicht rechtzeitig subtrahiert und dividiert. Er versteht nicht, was seine Belegschaft ist, diese aus Ak gebildete Kräfteordnung. Er geht an seinem "Personal" zugrunde, an seinen Leuten, sobald er sich über Jahr und Tag mit ihnen verkettet glaubt. Nur als Belegschaft, als Summe und Produkt von x-Einheiten Ak kann der Unternehmer, der nicht zugrundegehen will seine Leute behandeln.

Die Folge dieser Kalkulation ist eine unerhörte Schwächung des Arbeitnehmers. Sein persönliches Leben wird von der Buchhaltung nur als störend empfunden. Das ist wie im Kriege. Wenn der Feldherr für eine Schlacht die Kampfstärken berechnet, und für 20 000 Gewehre sorgt, dann - so hat ein Offizier gesagt - "ist es seine ausgemachte Sache,

dass die, welche in der Uniform sterben weder Vater noch Mutter, noch Frau, noch Geliebte haben. Es ist namenloses Blut."

Die freie Wirtschaft ist noch kriegerischer. Es ist namenlose Arbeitskraft, die sie verwendet. Den Feldherrn schießt nicht Weib noch Kind des Soldaten, aber ihn schießt doch der ganze Kerl, den er für seinen Feldzug braucht. Er muss den Soldaten bei guter Laune erhalten. Er muss ihn auch im Winterlager beschäftigen. Es ist namenloses Blut, wenn es zum Kampf geht, aber es ist doch noch Blut, es ist der ganze Kerl, der vor den Feind kommt und so sieht der Feldherr und jeder Offizier den ganzen Mann, den er kommandiert, darf ihn lieben, muss für ihn sorgen.

Im wirtschaftlichen Kampf ums Dasein wird nicht das Blut geopfert, sondern der Schweiß. Die Ak wird verbraucht, nicht das Leben. Deshalb ist dieser Kampf auf die Schwächung des Menschen in der Arbeitskraft hingesehen, mörderischer, als der Krieg. Denn die Stunde Ak wird einem Menschen abgezapft, der morgens vor dem Eintritt durchs Fabriktor und nachmittags nach Arbeitsschluss nicht mehr dem Leiter vor Augen kommt. Ein Heer ist noch immer so etwas wie ein Internat, wo Führer und Mann voneinander wissen. In der Fabrik stört es nur, wenn man über die Arbeitsstunden hinaus die Ak in ihr persönliches Leben hineinverfolgt. Es stört nur, ja es gefährdet den Betrieb, denn alle Fäden, die über die Stunde Ak hinaus die Glieder des Werks verbinden, die natürlichen Empfindungen, die sich von selber einstellen, wo Menschen zusammen schaffen, sie können die Kraft des Leiters im entscheidenden Augenblick lähmen.

Sie können ihn weich machen, sodass er zu spät die überschüssigen AK entlässt, zu lange voll arbeiten lässt, zu lange altes Personal mitschleppt. Daran kann sein Betrieb zugrunde gehen. Die Belegschaft mag kameradschaftlich Freud und Leid miteinander teilen, die Leitung muss das Gestern und das Morgen des Mannes möglichst ausser acht lassen. Je rücksichtsloser sie ^{ihn} nur in seiner AK für den Arbeitstag einkalkuliert, desto besser stimmt die Buchhaltung.

Der Offizier, den wir eben zitierten, fand es schon schlimm, dass der Mann in der Uniform "ohne Anhang", vom Volke abgeschnitten, namenloses Blut vergiesst. Aber die AK ist abgeschnitten von ihrem eigenen Gestern und Morgen, ihrem Heim und ihren Interessen, ihrer Kirche und ihrer Partei, sobald sie in der Fabrik ist. Der Betriebsangehörige ist viel weniger, viel kurzfristiger, viel vorübergehender, viel unterpersönlicher für den Betriebsleiter, als der Mann für seinen Hauptmann. Der Betriebsleiter heisst offenbar deshalb auch nicht Hauptmann. Er leitet nicht Männer, sondern ~~man~~ bloss einen Betrieb. In dem Betrieb gibt es Kessel, Maschinen, Büros und eine Belegschaft. Und erst als Teil der Belegschaft findet sich die einzelne AK vor. Der Betrieb ist eine unpersönliche Kräfteordnung, deren Grundgesetz es ist, unpersönlich zu bleiben, denn sie rechnet ^{sich} nur, wenn die Arbeitsstunde der AK die Rechengrundlage für diese Kosten bleibt. Dies Rechnen verbietet jede Verflechtung zwischen Leitung und Belegschaft. Jede solche menschliche Verflechtung ist gefährlich, weil sie für die rein wirtschaftliche Leitung des Betriebes ein blosser Reibungsfaktor ist, der dem nüchternen Rechnen entgegenwirkt. Bestenfalls ist sie eine harmlose Sentimentalität, die ~~man~~ ^{man} solange durchgehen lässt, wie sie auf die Entschlüsse der Leitung keinen Einfluss gewinnt.

So schrumpft der Mensch im Produktionsprozess auf eine Stunde seines Daseins ein. Er wird zu weniger, als dem alten Tagelöhner, er wird zum reinen Stundenlöhner, zur Augenblickskraft. Unsere Sprache hat so aus dem alten Bergmann, dem lebenslangen stolzen Knappen, erst den Bergarbeiter und Arbeitnehmer und zum Schluss die bloße AK, die natürliche physikalische Arbeitskraft gemacht. Die Bergleute in Westfalen haben ihren ersten Streik unternommen, weil sie ab 1. Januar 1857 nicht mehr Bergmann, sondern Bergarbeiter heißen sollten: Der Berufsstolz war damals noch ungebrochen genug, um die Waffe des Streikes dagegen zu erheben.

Der erste deutsche Bergarbeiterstreik war kein Lohnstreik, sondern ein Streik der Person gegen ihre Schwächung und Auszehrung durch die Buchhaltung.

Die Arbeitskraft, die heute längst aus dem Arbeiter geworden ist, ist schon so unpersönlich, so namenlos, so geschwächt und geschrumpft, dass sie deshalb nicht mehr streikt, sie weiß, dass sie als namenloser Schweiss kalkuliert wird. Und noch mehr: Die moderne Arbeitskraft glaubt bei dieser Behandlung sogar auf ihre Rechnung zu kommen. Sie streikt lieber um Lohn, als um Persönlichkeitswerte. Sie hat sich der Buchhaltung angepasst.

Denn der also geschwächte Augenblicksmensch, die Eintagsfliege und der Stundenlöhner "Arbeitskraft" ist aufgefangen worden von der deutschen Sozialpolitik.

Alle Voraussicht über das Wochenende nimmt die Sozialpolitik der Arbeitskraft ab. Die fernsten Zeiten kann die AK am schlechtesten bedenken. Früher war das Erste, auf das man sparte, Begräbnis, Sarg, Sterbehemd. Heut spart die Sozialversicherung

statt Deiner für Dein Alter. Statt Deiner spart sie für die Invalidität, statt Deiner spart sie für Deine Krankheit. Die Arbeitskraft, die für sieben Stunden in einen Betrieb hineingeholt wird, die mit ihrem bisshen Muskelkraft in ein Riesenwerk von 10000 Ps. eingestellt ist, kann die Gefahren, die sie dort umlärern garnicht kennen: Sie wird also gegen Unfall versichert.

Der gesamte Zeitraum also, der über die Arbeitsstunde hinaus liegt, wird sozialpolitisch durchorganisiert. Die Arbeitskraft wird für unfähig erklärt, ihre Lebensbahn selbst zu gestalten. Sozialpolitik legt einen Heftpflasterverband an, der die vom Kapitalismus geschlagenen Wunden hinterher heilen soll. Die Arbeitskraft wird von der Sozialpolitik nur um Beiträge zu den Listen dieses Verbandzeugs angegangen. Als moralische Leistung der Arbeitskraft gelten der deutschen Sozialpolitik die Beiträge, die aus der Lohndüte allwöchentlich "geklebt" werden. Das Kleben ist die Form, in der die Arbeitskraft auf ihre ausserbetriebliche Zukunft einwirken soll. Alles andere macht Vater Staat.

Es war die letzte Orgie dieser Entmündigung, als man auch die weitere Umwelt der Arbeitskraft, seine Angehörigen, von Staats wegen zu versichern begann. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist 1927 dem Reichstag vorgelegt worden. Gesetzeskraft hat er dann doch nicht erreicht. Die Arbeitskraft ausserhalb des Betriebes, nach der Arbeit, am Wochenende, wenn der Lohn ausbezahlt ist, wird von der Sozialpolitik aufgefangen. Wenn die Buchhaltung, die in Arbeitskraft und Arbeitsstunde aufgeteilte Belegschaft geschwächt, zerstückt, in kleinste Zeiteinheiten zerlegt hat, wird von der Sozialpolitik

das Leben in seiner wahren Länge wieder zusammengestückt. Das ist der Kreislauf der letzten fünfzig Jahre.

Dies System beruht auf der Tatsache, dass die Arbeiter zu arbeiten haben, dass sie ihre Lohndüte bekommen und aus ihr Beiträge für die Sozialpolitik abgeben können. Deshalb kam dies System an seine Grenze, als es auch die Arbeitslosigkeit auf dem Wege der Versicherung lösen wollte. Die Arbeitslosenversicherung, wie sie seit 1927 besteht, dehnt die Hinterhertherapie auf die Arbeitslosigkeit aus. Wie Alter, Krankheit und Unfall wird Arbeitslosigkeit als Folge der individuellen Betriebsangehörigkeit betrachtet.

Das liberale Prinzip in der Sozialpolitik war ja eben dies, dass jedermann unter dem Schicksal als Arbeitskraft gleichmässig schwach wird und dass deshalb alle Arbeitskräfte gemeinsam bevormundet werden müssen. Der schwache oder geschwächte Mensch war für die liberale Ära die störende Ausnahme vom starken und selbständigen Menschen. Und als Ausnahme kommt eben der Schwache unter Vormundschaft.

Mit der Gleichsetzung aber der Arbeitslosigkeit und der Krankheit, der Entlassung in der Krise mit dem Unfall kam das System an die Mauer. Es hob sich selber auf. Deshalb führt die Arbeitslosenversicherung zur Krise der Sozialversicherung. Und deshalb sollte folgerichtig die Arbeitslosenpolitik zur Wendung in der Sozialpolitik führen.

Die Arbeitslosigkeit ist nicht etwas ähnliches wie Unfall, wie Krankheit oder wie Alter. Jede Arbeitskraft kann krank werden. Und wegen des Stundenlohnprinzips muss dann für jede Arbeitskraft ein Arzt bereitstehen. Alle die Risiken der Sozialversicherung betreffen ausserwirtschaftliche Folgen der

Wirtschaft. Sie zielen auf das persönliche Schicksal der Arbeitskraft. Sie wollen die Schwächung des Menschen durch den Arbeitsprozess wettmachen. Die Arbeitslosigkeit ist aber gerade das wirtschaftliche Schicksal der Arbeitskraft. Es ist die innerwirtschaftliche Eigenart der Arbeitskraft im modernen Produktionsprozess, die in der Arbeitslosigkeit aufbricht. Die moderne Wirtschaft ist veränderlich. Selbst bei guter Konjunktur setzt sie durch den steten Wechsel ihrer Arbeitsmethoden in jedem Augenblick an irgendeiner Stelle Arbeitskräfte frei. Sogar, wenn sie andernorts gleichviel oder mehr AK einstellt, verfährt sie so tyrannisch. Innerhalb des Raumes Wirtschaft ist der Stundenlöhner "Arbeitskraft" ständig mit einem anderen Arbeitsauftrag beschäftigt; auch, wenn die AK küsserlich durch zehn Jahre am selben Platz arbeitet, verrechnet trotzdem sein Betrieb die Lohnkosten, die er für sie aufwendet, von Auftrag zu Auftrag. Die produktiven Löhne werden ja aufs Stück berechnet. Das Stück aber gibt es nur im Rahmen der Bestellung oder des Auftrags, der eingeht oder den man erwartet. Zu Buche steht also in der Fabrik nicht ein Mensch auf zehn Jahre, wie der Beamte im Budget des Staates, sondern eine AK für 2000 Arbeitsstunden, die AK für 700 Arbeitsstunden, die AK für 11000 Arbeitsstunden usw. Auch wenn die Summe dieser Lohnsumme hernach dem Lohne von zehn Jahren gleichkommt, so ist das doch nur Zufall vom Standpunkte des Betriebs. Der Betrieb hat so oft, wie er eine Produktionsreihe vornimmt, nur diese eine Reihe im Auge, und kann infolgedessen die Kosten für die AK nur auf diese Reihe beziehen. Eine laufende Rechnung auf zehn Jahre für die einzelne AK widerspricht der Betriebsrechnung. Die AK steht mit dem Werk nicht in Kontokorrentverkehr, sondern wird für jeden Auftrag

gesondert abgerechnet. Es ist also niemals vorherzusagen, wieviel Nichtarbeit der AK innerhalb der nächsten zehn Jahre zugemutet wird.

Einen Teil der Kosten dieser Nichtarbeitszeit, in der es "eigentlich" an Arbeit für die AK fehlt, trägt jedes gesunde Unternehmen von jeher ohne besondere Arbeitslosenversicherung.

Wenn eine Fabrik einen Facharbeiter im Laufe eines Jahres

a 260

b 250

c 900

d 800 Stunden braucht
= 2310 " " dann fehlen zum 2400 Stundenjahr

190 Stunden. Wegen dieser 190 Stunden hat sie aber auch früher einen wertvollen Arbeiter nicht entlassen, sondern sie hat ihn durchgehalten, weil sie sonst mehr hätte für ihn ausgeben müssen.

Setzen wir in die Lücke zwischen a und b 10
" b und c 24
" c und d 156 Stunden

so stellt sich für den Fabrikanten die Frage so:

Was kostet mich die Abkehr der alten und Wiedereinstellung der neuen AK? Sie kostet bestimmt Schreibereien, Bemühungen und das Risiko, den bekannten alten Arbeiter mit einem unbekanntem neuen ~~xx~~ zu vertauschen zu müssen. Es ist klar, dass sowohl im Falle zwischen a und b mit zehn, wie im Falle ^{ll} zwischen b und c mit vierundzwanzig die Entlassung und Freigabe der AK sich nur im seltensten Falle lohnen wird. Ein Wechsel wäre teurer als durchhalten, jedenfalls aber riskant! Grosse Aufträge und Arbeitsaufgaben stehen bevor. Man behält also die AK. Ja, man arbeitet auf Lager, oder man übersieht sozusagen absichtlich diese kleinen Lücken in der Kalkulation, weil ja immer "Aucharbeit" in

einem Betriebe zu finden ist. Kleine Fugen zwischen den wirklich kalkulierten Lohnabschnitten werden von jedem Betrieb mitgetragen und zwar genau genommen nicht aus der Kalkulation pro Stück und Auftrag, sondern aus der Kalkulation der fixen Kosten. Die Innenversicherung des Werks gegen Arbeitslosigkeit wird aus dem Konto fixe Kosten getragen, und zwar genauer auf dem Konto "Innere Risiken". Erst zwischen c und d in unserem Beispiele, bei 156 Hohlstunden wird die Entscheidung des Betriebsleiters zweifelhaft werden, sie kann zum Durchhalten, sie kann zur Entlassung führen, je nach den Aussichten, die der Betrieb auf weite Sicht zu haben glaubt.

Es hat also jederzeit eine vom Werke getragene Arbeitslosigkeit gegeben, wenn auch in einem Ausmasse, das geringer und dem Ermessen der Leitung unterlag. Nun kommt es für die heut brennende Frage, wer die Arbeitslosigkeit wirtschaftlich zu tragen hat, nicht auf den Umfang dieses Werksrisikos an. Die Wichtigkeit des Rechnungsansatzes hängt nicht von der Grösse der Zahlen ab. So klein die durchgehaltene Arbeitskraft in einem Betriebe sein mag, vorhanden ist sie immer. Und diese innere Arbeitslosigkeit kann aus den Stückkosten gedeckt werden, und den daraus abgezweigten Lohnkosten, sondern nur aus den fixen Kosten, deren Last in Form von Generalzuschlägen auf die Stückkosten umgelegt wird.

Der Unternehmer kann also die "unnötig", in der Lücke für Hohlstunden bezahlten Löhne nicht dem Lohnkonto der Arbeitskräfte zuschlagen, sondern seinen Gesamtkosten. Diese Lückelöhne schützen den Arbeiter in Zeiten, in denen er sonst nichts verdiente. Sie wirken also wie eine Arbeitslosenversicherung. Aber der Unternehmer er zahlt sie nicht um des Mitleids mit der AK willen, sondern weil er selber sonst in

Verlegenheit käme. Er zahlt sie für die Aufbewahrung der AK zu Gunsten seines Betriebes. Die Lückenlöhne für Hohlstunden sind also die Speicherkosten für die vom Unternehmer verwendeten AK. Weil der Unternehmer sich einen Teil der Volkskraft sichern will, ihn reservieren will, zahlt er Lückenlöhne für die Speicherungsfristen. Aber es sind nur scheinbar "Löhne". Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Der Nichtarbeiter ist es wert erhalten zu werden. Weil der Unternehmer den Lohn "weiterzahlt", sieht es so aus, als zahle er ihn für geleistete Arbeit. Aber er zahlt den Betrag aus einem sehr anderen Grunde, nämlich weil er die AK sich reservieren will. Mithin gibt es in jedem Betriebe echte - nämlich für effektive Warenproduktion gezahlte und daher kalkulierte Löhne und Scheinlöhne, die in Wahrheit für die Reservierung und Speicherung der AK aufgewendet werden.

Der Staat hat nicht gefragt, wie der Unternehmer rechnet und wirtschaftet. Er hat den Arbeitslosen wie einen Kranken behandelt. Er hat damit sein sozialpolitisches Denkschema auf einen betriebspolitischen Tatbestand übertragen, auf den er nicht passt. Sozialpolitik und Betriebspolitik vertragen sich nicht. Sie sind Feinde. Sozialpolitik deckt den Brunnen zu, wenn das Kind hineingefallen ist. Sie ersetzt hinterher die Schwächung des Persönlichen der AK durch Bevormundung. Betriebspolitik hingegen rechnet von vornherein mit dem, was das Zurverfügunghaben von AK kostet.

Wenn ich am ersten November einen Stamm hochwertiger AK haben will, wenn ich meinen Auftrag nur hereingekommen, weil ich berühmt bin für meine hochwertigen Facharbeiter, dann muss ich als Unternehmer auch die ~~W~~laufkosten tragen, dass mir bis 1.

November eben jene bewährten Kräfte nicht davonlaufen; ich zahle also nicht hinterher Beiträge für einen während der Arbeit heraufbeschworenen Schaden, sondern ich muss von vornherein auch etwas für das Risiko bezahlen meine AK zu verlieren. Betriebspolitik rechnet gleich in den Selbstkosten richtig. Sozialpolitik berichtigt eine die Volkskraft ruinierende Betriebsrechnung durch nachträglichen Eingriff.

Sehen wir nun, was die Sozialpolitik angerichtet hat, ~~und~~ als sie sich an eine betriebspolitische und innerwirtschaftliche Aufgabe heranmachte. Was geschah, als man mit Versicherungsbeiträgen die Arbeitslosigkeit wie eine ausserwirtschaftliche Folge der freien Wirtschaft behandelte?

Es geschah ganz einfach dies, dass man die Arbeitslosigkeit gegen die man versichern wollte, künstlich und durch fehlerhafte staatliche Gesetzgebung unnötig steigerte. Seit 1927 ruft die Arbeitslosenversicherung Arbeitslosigkeit hervor.

7
2.

76

losigkeit zu verlangsamen trachten. Er wird auf den Prozess in seinen Vorstufen einwirken, damit Arbeitslosigkeit nicht eintrete.

Unser Gesetz aber ist ein Sozialpolitisches Gesetz. Sozialpolitik ist nun einmal grundsätzlich "Hinterherschutze" des Schwachen. Sozialpolitik hält Wirtschaft für naturgegeben, ihre Schädigungen für zunächst unvermeidlich. Das ging so lange gut, als man ausserwirtschaftliche Folgen der Wirtschaftskrise mit Sozialpolitik abzuwenden hatte. Als man einen innerwirtschaftlichen Vorgang damit traf, griff man in das Zentrum der Wirtschaft, in die Politik des Betriebes, selber mitten hinein. Man tat das, was man als Sozialpolitiker hoch und heilig geschworen hatte, man veränderte die "natürliche" Ordnung der Wirtschaft mittels Rechtsatz. Da man aber dieses nicht wusste und nicht wollte, so war auch der Erfolg ein unbewusster, ungewollter, unweiser und Mutwille erregender.

Die Arbeitslosenversicherung hat so katastrophal gewirkt, dass brutale Mittel nötig waren, um der Wirtschaft Lust zu machen, Arbeitskräfte einzustellen.

Die Papenschen Steuergutscheine wären ohne die Arbeitslosenversicherung nie nötig geworden. Sowie sie dann kamen, haben sie in einer nur ganz ungefähren Art, einen finanziellen Ausgleich gegen die Ueberhöhung des Lohnbrut geschaffen. Die Landhilfe, die Befreiung der Dienstboten von der Versicherungspflicht bewegen sich tastend in derselben Richtung, sie sind eine tastende und instinktive Gegenwehr gegen die fürchterlichen Folgen des falschen Systems.

Auch die Moral der Gesetze wird durch die Arbeitslosenversicherung nicht gefördert. Zwar rühmt man die moralische Bedeutung der Beiträge. Der deutsche Sozialpolitiker hat sich ~~gerührt~~ daran gewöhnt, den Kreis der Versicherten als

Es ist aber auch hier die Arbeitslosenversicherung der Prüfstein dafür, dass wir das Schema hier Wirtschaft hier Sozialpolitik in uns ausrotten müssen. Ein Beispiel für die Unmoral dieser Versicherung: Jedes Werk hat seinen "Stamm" und seine fluktuierenden Elemente. Nehmen wir bei einer Belegschaft von 1000 250 Stammarbeiter, so sind diese so lange darin, wie das Werk selbst. Sie sind daher auch nicht "lebenslänglich", denn jeder Betrieb kann sterben. Aber sie sind relativ stark gesichert, Sie sind 15, 20, 30 Jahre im Werk. Sie sparen infolgedessen und können etwas zurücklegen. Wenn diese Männer nach dreissigjähriger Dienstzeit arbeitslos werden, weil das Werk schliesst, haben sie zwar dreissig Jahre Beiträge gezahlt, da sie aber ausserdem sich etwas gespart haben - hoffentlich recht viel - bekommen sie von der Versicherung nichts.

Also: je mehr jemand gespart hat und je länger er Beiträge gezahlt hat, desto weniger erhält er und desto seltener tritt für ihn der Versicherungsfall ein. Der Arbeitslose bekommt am meisten, der am häufigsten fluktuiert und am wenigsten Beiträge bezahlt. Trotzdem wagt man es diese Beiträge noch bimmer als moralisch, als gerechter und sicherer wie die Steuern zu empfehlen. So tief sitzt die Ehrfurcht vor der Sozialpolitik. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung haben keine innere Beziehung zu Risiko und zu den Leistungen an die Arbeitslosen. Sie sind eine Steuer, die einseitig auf das Lohnkonto für die Stammarbeiter gelegt wird. Sie sind nicht mehr echte Beiträge.

Das Gesetz hat nach oben in Richtung auf das Werk und seine Kalkulation, zu Unrecht die Prinzipien der Betriebskalkulation verfälscht. Es hat genau nach unten, in Richtung auf die relativ Arbeitslosesten hin, zu Unrecht die Prinzipien echter Versicherung gefälscht. Wer Beiträge empfängt nichts. Wer empfängt, trägt nichts bei. Das ist noch einmal wie gesagt

auf der Arbeiterseite dieselbe Unmoral, wie auf Unternehmerseite die Verlagerung der Stillhaltekosten? Vom Konto allgemein auf Lohnkonto.

Die Soziallasten sind auch sonst keine echten Lasten mehr. Was pro Kopf gezahlt wird, wird deshalb hoch lange nicht von jedem Kopf gezahlt. Kein Arbeiter "zahlt" diese Beiträge. Sie werden für den Arbeiter vom Arbeitgeber "einbehalten", wie es so schön heisst. Sie werden aber nicht einbehalten, sondern werden als Steuer an den Staat abgeführt, und zwar als Steuern des Arbeitgebers.

Wohl weiss ich, dass man alle Sorgfalt noch heute aufwendet, den Charakter eigener, individueller Beitragsleistung zu wahren. Der einzelne wird nach seinem Personenstand differenziert, belastet, usw. usw. Es würde hier zu weit führen diesen "underbau gewissenhafter Einzelgliederungen" durchzugehen. Ich bemerke nur, dass wir anfangs das Individualprinzip der Sozialpolitik für eine ~~Fiktion~~ Fiktion zu halten. Sie ist immer eine Fiktion liberaler Staatsbürgerideologie gewesen. Heute ist sie aber sogar als Fiktion morsch und überständig, weil die Jugend heute nüchtern fragt, was steckt dahinter? Nun sind die Beiträge in Wahrheit eine auf das Gesamtlohnquantum des Betriebs aufgelegte Steuer. So empfindet sie der moderne Arbeitnehmer. Und er hat recht.

Dieser Abschweifung ins allgemeine Gebiet der Soziallasten ist schwer zu entnehmen, dass nach unserer Ueberzeugung auch Lohnsteuer, Krankenkassen usw., weil durch "Hinterherpolitik" aufgebaut, Platz machen sollten, also sozialpolitisch betriebspolitischen Massnahmen Selbststeuerelemente der Wirtschaft selber darzustellen, Elemente, die von vornherein und offen als Kostenfaktoren einzubauen wären.

2.

20

Statt der Gleichschaltung von neun Millionen Beitragszahlern gilt es, die Beiträge des Einzelnen pro Arbeitsstunde sinnvoll hintereinander zuschalten, damit der junge vom alten Beitragszahler sich abheben kann, damit der wirtschaftende Mensch wieder mündig, verantwortlich, eigenartig sich von seinen Bahnge-
nossen abheben könne, einfach kraft des Schicksales seines Lebensweges. Der Lebensweg aber ist das einzige echte Eigentum des arbeitenden Menschen. Er ist sein Acker; ihn aber hat die Sozialpolitik dem Manne vorenthalten, weil sie die Beiträge pro Stunde, Woche, Jahr erhebt, ohne es fertig zu bringen die Lebensarbeit des Mannes durch Hintereinanderschaltung der Arbeitsperioden allmählich über die Beitragspflichten hinauswachsen zu lassen.

Nach dieser Abschweifung kehren wir zur Arbeitslosenfrage selber zurück. Sie ist für uns keine Frage der Versicherung mehr. Wie ist der über den Betrieb hinausreichende Teil Arbeitslosigkeit anzusehen?

Die Arbeitslosigkeit ist ein innerwirtschaftlich wie ausserwirtschaftliches Phänomen. Soweit sie nicht im Betrieb gelöst wird - besteht eine Solidarität des deutschen Volkshaushaltes, oder ist sie heute zu entwickeln. Denn die Volkskräfte, so haben wir gesehen, befinden sich zu Zeiten in Verwendung, zu Zeiten in Vorrat. Es kostet also abwechselnd Lohn und Stillhalte oder Speicherkosten. Diese Ausdrucksweise ist durchaus nicht zynisch. Sie ist so wenig zynisch oder so sehr, wie die Worte Arbeitskraft oder ~~unbeschäftigt~~ arbeitslos.

Man hat wohl Grund sich über die beiden Worte zu wundern. Denn als Arbeitskraft ist der Mensch, wie wir gesehen haben, ein Stück Produktionskraft. Er interessiert nicht persönlich, menschlich, biographisch. Er wird ohne Gefühls-Affektions und sittlichen Wert behandelt als Kraft im

29

im Kraftfeld. Er wird ohne seine Vergangenheit und ohne seine
Zukunft rein auf seine augenblickliche Wirkung hin betrachtet.
Er ist ein kleinster Zeitpunkt im technischen Bezugssystem
des Betriebes, der zum Funktionieren des Ganzen mitwirken muss.
Er ist daher Arbeitskraft tatsächlich.